

# Region fordert Klarheit über Truppenabzug

## Krisengespräch über Holloman-Pläne

ga **Friesland** (Eig. Ber.). Die politischen Spitzen des Landkreises Friesland, der Stadt Jever sowie der Gemeinden Schortens und Wangerland haben gestern in einem ersten Krisengespräch ihre Besorgnis über die geplante Truppenreduzierung auf dem Fliegerhorst Upjever und in Hohenkirchen zum Ausdruck gebracht.

Alle Bundestagsabgeordneten aus dem Regierungsbezirk Weser-Ems sagten zu, sich in Bonn dafür einzusetzen, daß die Region umgehend Klarheit über die im Ressortkonzept des Verteidigungsministeriums genannten Zahlen bekommt. Die Region könne den Verlust von weiteren 800 Arbeitsplätzen nicht verkraften.

Landrätin Karin Evers-Meyer und Oberkreisdirektor Dr. Lothar Knippert zeigten sich erfreut darüber, daß die Abgeordneten Gabriele Iwersen, Dieter Schütz (beide SPD), Erich Maaß, Thomas Kossendey (beide CDU) und Günther Bredehorn (FDP) sich parteiübergreifend für die Belange der Region einsetzen wollen. Wie aus dem Gespräch, an dem auch der Kommodore des Jagdbombergeschwaders (JaboG) 38 „Friesland“, Oberst Eike Krüger, und der Kommandeur der Flugabwehrraketengruppe (FlaRakGrp) 41, Oberstleutnant Jochen Schmidt, teilnahmen, ersichtlich wurde, seien noch viele Fragen ungeklärt. Offenbar seien einige Planzahlen willkürlich gegriffen.

Vom JaboG 38 sollen ab

1999 600 Soldaten nach Holloman (USA) versetzt werden. Die Dienstposten von 200 Zivilangestellten entfallen. Geprüft werden soll, ob der Bundeswehrstandort Hohenkirchen aufgelöst und die FlaRakGrp 41 nach Upjever verlegt werden kann.

Karin Evers-Meyer räumte ein, daß die Verlegung der Tornado-Ausbildung nach Holloman unstrittig ist. Es müsse jetzt überlegt werden, wie Ersatz geschaffen werden kann, damit der Abzug der Soldaten für die Region verträglich wird. Einhellig abgelehnt wurde der Umzug der FlaRakGrp 41 nach Upjever.

Der Verlust von 800 Arbeitsplätzen würde nach Berechnungen der Kreisverwaltung die wirtschaftlich ohnehin gebeutelte Region massiv treffen. Der Raum Wilhelmshaven/Friesland sei bereits von den Truppenreduzierungen der vergangenen Jahre weit überdurchschnittlich betroffen. Die Kommunen hätten mit erheblichen Steuerausfällen zu rechnen, die Arbeitslosenquote – schon jetzt eine der höchsten in den alten Bundesländern – würde weiter steigen und der Kaufkraftausfall, so Knippert, würde „durchschlagen bis zum letzte Tante-Emma-Laden“.

Man sehe die Soldaten aber keinesfalls nur als Wirtschaftsfaktoren, betonte Karin Evers-Meyer. „Die Soldaten und ihre Familien sind in Friesland und Wilhelmshaven ein fester Bestandteil der Gesellschaft. Wir stehen zu unseren Einheiten.“